



#PohlerMail

Maximilian Pohler, CDU-Kreisvorsitzender

Braunschweig, im Dezember 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

das Jahr 2024 neigt sich dem Ende zu. Die Union auf Bundesebene hat ein solides Wahlprogramm vorgestellt und will mit unserem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz einen Politikwechsel für Deutschland erreichen.

Bevor es im Januar 2024 mit dem Bundestagswahlkampf so richtig losgeht, will ich zurückblicken auf die letzte Ratssitzung des Jahres 2024. Mit den Stimmen von SPD und Grünen wurde der Doppelhaushalt 2025/2026 beschlossen. Wir konnten diesem mit Blick auf die sich auftürmenden Schulden von einer Milliarde Euro im Jahr 2027 und zwei Milliarden im Jahr 2029 nicht zustimmen.

Dazu folgende Argumente: Das Defizit beim Klinikum (rund 70 Millionen Euro) und ÖPNV (rund 50 Millionen Euro) sind mindestens zur Hälfte hausgemacht. Hier fehlt uns der klare Antritt zu einer Konsolidierung. Das Klinikum gibt ohne Rücksicht auf die Defizite weiter munter Geld für eine neue Corporate Identity, neues Geschirr und auch neue Kleidung für Mitarbeiter aus. Es sind nicht nur die ausstehenden Finanzierungen von Bund und Land, die unser Defizit erzeugen. Es sind auch hausgemachte Probleme. Ein vorgelegtes Gutachten des Klinikums sieht zumindest einen Einfluss von 40% auf das vorhandene Defizit.

Die unter der CDU/FDP-Verantwortung von 2001 bis 2014 angesparte Rücklage wird nun ab nächstem Jahr vollständig aufgezehrt (rund 220 Millionen Euro).

490 Millionen Euro tauchen im Haushalt nur verklausuliert auf. Denn hierbei handelt es sich um einen Sondertopf für die Corona-Pandemie und die Ukraine-Krise, quasi ein neues Sondervermögen, das durch

eine Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes innerhalb von 30 Jahren abgebaut werden darf. Diese Änderung soll Kommunen entlasten, die stark belastet sind. Die genannten 490 Millionen Euro zählen trotzdem zu den Schulden der Stadt, egal wie man das Sondervermögen nun nennt. Es ist die jüngere Generation, die auch dieses Geld zurückzahlen muss.

Zusätzlich zu den genannten 490 Millionen Euro Schulden kommen weitere rund 500 Millionen Euro anlässlich eigener, städtischer Projekte hinzu. Und spätestens hier, könnte die rot-grüne Ratsmehrheit eingreifen – tut sie aber nicht.

Im Einzelnen: 140 Millionen Euro (ohne Baukostensteigerungen) für den Neubau der Stadthalle, knapp 100 Millionen Euro für den Neubau der Stiftshöfe in rein kommunaler Regie, knapp 60 Millionen Euro für den kommunalen Teil der Stiftung des Hauses für Musik, rund 100 Millionen Euro für 13 Velorouten, zwei Millionen Euro für einen Pocket Park in der Kannengießerstraße. Man könnte diese Liste weiter fortsetzen. Ist das wirklich noch vertretbar? Nein, ist es nicht. Deshalb haben wir abgelehnt. Ein nun voraussehbares Haushaltssicherungsverfahren ab 2027 wird Braunschweig vollständig handlungsunfähig machen.

Ich hätte Ihnen diese Weihnachtsbotschaft gerne erspart, aber dennoch, einen habe ich noch für Sie: Die Grünen, gemeinsam mit BIBS und Linken, wollten in der gestrigen Sitzung auch das Bad Gliesmarode retten. Auch hier klingt die Idee charmant. Fakt ist aber, dass bereits 2007 mit dem Neubau der Wasserwelt feststand, dass das Bad Gliesmarode geschlossen wird. Der inzwischen verstorbene Unternehmer Friedrich Knapp hat das Bad in privater Trägerschaft weitergeführt. Nun ist Herr Knapp bedauerlicherweise verstorben und hatte zuvor den Erbbaurechtsvertrag zum 31.12.2024 gekündigt.

Unsere Haltung ist auch hier klar: Das Bad Gliesmarode kann nicht über den städtischen Haushalt gerettet werden. Das Geld ist schlicht nicht da. Einzige Option ist aus unserer Sicht ein Weiterbetrieb in der Stiftung Haus der Musik. Alles andere ist utopisch.

Als Ratsmitglieder haben wir eine Verantwortung für unsere Stadt. Diese nehmen wir ernst. Deshalb müssen wir Wahrheiten aussprechen, auch wenn uns dazu der Gegenwind von Bürgerinitiativen ins Gesicht weht. Ggf. kann durch einen Verkauf des Grundstücks des Bades Gliesmarode ein kostengünstiger Anbau der Wasserwelt realisiert werden, um wenigstens das Schulschwimmen zu sichern.

Durch die Stimmen von SPD, FDP und CDU wurde die Verwaltung mit einer Prüfung unterschiedlicher Varianten beauftragt. Das Ergebnis wird zeigen, dass die Eingliederung in die Stiftung Haus der Musik die beste Option ist.

Ich wünsche Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen gesunden Start ins neue Jahr.

Ihr
Maximilian Pohler
CDU-Kreisvorsitzender